

Ressort: Politik

Wagenknecht will amtliche Reisewarnung für die Türkei

Berlin, 02.09.2017, 12:47 Uhr

GDN - Nach der Festnahme von zwei weiteren Deutschen in der Türkei hat die Spitzenkandidatin der Linken für die Bundestagswahl, Sahra Wagenknecht, die Bundesregierung zu einer scharfen Reaktion aufgerufen. "Es braucht jetzt sofort eine amtliche Reisewarnung, den Stopp der Waffenexporte und der EU-Beitrittsverhandlungen", sagte sie den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Sonntagsausgaben).

"Jedes Jahr 630 Millionen Euro an einen Erpresser zu bezahlen, ist eine grobe Veruntreuung von Steuergeldern." Damit müsse Schluss sein. Die "Beschwichtigungspolitik der Bundesregierung" sei gescheitert, kritisierte Wagenknecht. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) trügen eine Mitverantwortung für die Misere. "Jedes weitere Zögern und Zaudern gefährdet die Sicherheit unserer Bevölkerung, zu deren Schutz die Bundesregierung verpflichtet ist", sagte Wagenknecht. Erdogan sein "ein Rechtsbrecher und Erpresser", der sich nur durch klare politische Konsequenzen beeindrucken lasse.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-94102/wagenknecht-will-amtliche-reisewarnung-fuer-die-tuerkei.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619